

## LAND UND LEUTE



# Regierung lotet Sparpotenzial aus

## Wulff offen für Pension mit 67 / Land erwägt Abbau von 1500 Stellen

### Hohe Frostschäden erwartet

Ein Ende des Winters ist nicht in Sicht – doch schon jetzt ist klar, dass die Frostschäden an den Straßen in den Kommunen kräftig zu Buche schlagen werden. „Die Schäden werden viel größer sein als in Jahren mit milderem Winter“, vermutet etwa der Sprecher der Region Hannover, Klaus Abelmann. „Der Winterdienst verlangt den Ostfriesen viel Einsatz und Geld ab“, sagte auch Landkreis-Sprecher Dieter Backer in Leer. Für eine Bilanz sei es jedoch noch zu früh, heißt es aus den Rathäusern. In

### Land für Großlaster-Versuch

Niedersachsen dringt auf einen bundesweiten Modellversuch mit Riesenlastwagen, sogenannten Gigalinern. Verkehrsminister Jörg Bode (FDP) wolle ein solches Projekt voranbringen, sagte ein Ministeriumssprecher in Hannover. Noch in diesem Frühjahr solle eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt werden. Die Bundesregierung hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag für einen deutschlandweiten Versuch mit den Riesenlastwagen ausgesprochen. In Niedersachsen endete bereits 2007 ein Modellversuch mit den 25 Meter langen Fahrzeugen. In

### Unfall endet glimpflich

Eine 23 Jahre alte Frau hat am Freitagabend einen Verkehrsunfall mit einem Reisebus und einem weiteren Auto verursacht. Sie und ihr 20-jähriger Beifahrer wurden dabei leicht verletzt. Wie die Polizei mitteilte, geriet der Wagen der Frau auf der Autobahn 7 zwischen Hannover und Hildesheim ins Schleudern. Das Auto prallte gegen den Reisebus, in dem 46 Jugendliche saßen. Sie blieben unverletzt und mussten auf einem Parkplatz in einen Ersatzbus umsteigen. Die Polizei schätzt den Sachschaden auf 40 000 Euro. In

### Ausstellung zum Klima

Mit einem Appell zu nachdrücklicherem Handeln gegen den Klimawandel hat der Exdirektor des UN-Umweltprogramms, Klaus Töpfer, am Sonntag eine interaktive Klima-Ausstellung in Osnabrück eröffnet. In der „Klimawerkstatt“ der Deutschen Bundesstiftung Umwelt können Besucher im Zentrum für Umweltkommunikation auf Entdeckungstour gehen und Zusammenhänge zwischen eigenem Energieverbrauch, Kohlendioxidausstoß und Klimawandel erforschen. In

## Langlauf im Harz wieder möglich

Wernigerode (dpa). Vorläufige Entwarnung im Harz: Die Nationalparkverwaltung hat am Sonntag wieder alle Loipen für Wintersportler freigegeben. Die Gefahr durch zu starke Schneelast auf den Bäumen habe sich verringert, teilte die Behörde in Wernigerode mit. Sollte das Wetter allerdings umschlagen, könnten die Loipen erneut gesperrt werden. Am Mittwoch waren alle Langlauf-Loipen im niedersächsischen Teil des Mittelgebirges gesperrt worden. Es habe so viel Gewicht auf den schneeüberhängenen Baumkronen gelegen, dass Äste abzubrechen drohten. Die Lage sei vor allem westlich des 1142 Meter hohen Brockens unter Fichten kritisch gewesen.

Hannover (kw). Schon wenige Tage vor der Klausurtagung der Landesregierung hat Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) Sympathie für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit von Beamten erkennen lassen. Die Frage, ob das Pensionsalter der Staatsdiener im Lande von bisher 65 auf 67 Jahre angehoben werden soll, wird am Mittwoch und Donnerstag bei einem zweitägigen Treffen der Landesregierung im Klosterhotel Wöltingerode bei Vienenburg erörtert. Ein verbindlicher späterer Ruhestand für Beamte hätte für viele, die vor 67 gehen, die Folge von Einbußen bei der späteren Pensionszahlung.

Wulff sagte der „Neuen Pres-

se“: „Wir werden im Kabinett über einen fließenden Übergang ins Pensionsalter sprechen mit Blick auf die Rente mit 67.“ Außerdem, fügte er hinzu, sei er „gegen jeden Jugendwahn“. Daher sei es „unsinnig“, wenn einem motivierten 65-jährigen Beamten untersagt werden solle, weiter tätig sein zu dürfen.

Die Frage der längeren Arbeitszeit von Beamten steht in Zusammenhang mit den Sparzwängen der Regierung. Im Etat für 2011 fehlen 1,3 Milliarden Euro, für 2012 ist von 1,6 Milliarden die Rede. Gesprochen wird im Klosterhotel über ein neues Programm von Stellenkürzungen. Ein Vorschlag aus dem In-

nenministerium lautet, bis 2017 rund 1500 Stellen aus dem Landesdienst zu streichen. Ein solcher Schritt löst allerdings kurzfristig die Etatprobleme noch nicht, da der Spareffekt erst nach der Pensionierung der Betroffenen einträte. Anders ist es bei den Lehrstellen – dort stehen jedes Jahr mehrere hundert Neubesetzungen an, weil alte Pädagogen in Pension gehen. Nun wird diskutiert, ob wenigstens ein Teil der in den Ruhestand

Christian Wulff dpa

wechselnden Lehrer keine Nachfolger bekommt. Wulff sagte dazu in dem Interview, die Regierung werde „über die nächsten Jahre an bestimmten Stellen Lehrstellen reduzieren“. Dies heißt sich mit der allgemeinen Formulierung im Koalitionsvertrag, die Lehrstellen „im System behalten“ und etwa für kleinere Klassen einsetzen zu wollen.

Die Regierung wird auch darüber sprechen, wie die Verwaltungsreform fortgesetzt werden kann. Dabei geht es um die Frage, ob den Landkreisen weitere Zuständigkeiten übertragen werden sollen – obwohl einige Kreise damit wohl überfordert wären.

Die Entscheidung von Sander ist plausibel und nachvollziehbar“, befand Wulff. Feinstaubwerte in der Luft würden nur überschritten, wenn Feuerwerke abgebrannt werden. Feuerwerke sollten deshalb stärker auf Silvester und den Feuerwerkswettbewerb in Herrenhausen konzentriert werden, schlägt er vor. Wulff betonte zugleich, sein Verhältnis zur Landeshauptstadt Hannover sei gut.

## Wulff stellt Feuerwerke infrage

### Ministerpräsident steht hinter Minister

Hannover (se). Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) hat in der Debatte um die hannoversche Umweltzone seinem Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) den Rücken gestärkt und gleichzeitig den seiner Ansicht nach zu starken Einfluss des Umweltdezernenten Hans Mönninghoff (Grüne) auf die Politik in der Landeshauptstadt kritisiert. Es sei zu diskutieren, ob die Stadt „die Lärmgefahr und die Feinstaubbelastung durch Feuerwerke überprüfen soll, statt Anti-Auto-Politik zu machen“, sagte Wulff der Deutschen Presse-Agentur. Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil (SPD) entgegnete, der Ministerpräsident sei „leider nicht umfassend informiert“.

Sander will die von SPD und Grünen beschlossene Umweltzone entschärfen und per Erlass dafür sorgen, dass auch weiterhin Autos mit gelber Schadstoffplakette in die Innenstadt fahren dürfen. Der Erlass liegt jedoch auf Eis, bis das Verwaltungsgericht Hannover über Klagen zweier Bürger entscheidet. Dies wird für Mitte Februar erwartet.

„Die Entscheidung von Sander ist plausibel und nachvollziehbar“, befand Wulff. Feinstaubwerte in der Luft würden nur überschritten, wenn Feuerwerke abgebrannt werden. Feuerwerke sollten deshalb stärker auf Silvester und den Feuerwerkswettbewerb in Herrenhausen konzentriert werden, schlägt er vor. Wulff betonte zugleich, sein Verhältnis zur Landeshauptstadt Hannover sei gut.

## 45-Jähriger unter Mordverdacht

Bad Bentheim (Ini). Ein 45-jähriger Mann aus Bad Bentheim soll seine Ehefrau umgebracht haben. Das Amtsgericht in Nordhorn erließ am Sonntag Haftbefehl wegen Verdachts des Totschlags, teilte die Polizei mit. Die 49-Jährige war am Freitagmorgen mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert worden, wo sie wenige Stunden später verstarb. Der von seiner Frau getrennt lebende Mann hatte zuvor den Rettungsdienst angerufen und gesagt, dass seine Frau gestürzt sei. Inzwischen verweigert er die Aussagen. Eine Obduktion der Leiche hatte ergeben, dass die 49-Jährige durch massive Gewaltwirkungen auf den Kopf gestorben ist.



## Schlitten jagen durch den Winterwald

Mehr als 6000 Zuschauer haben die Wettkämpfe des zweitägigen Schlittenhundrennens am Wochenende in den Hochharz gelockt. Bei zweistelligen Minusgraden und Schneehöhen von rund 35 Zentimetern seien die Be-

dingungen für die Starter optimal gewesen, teilte der veranstaltende Sportverein Reinrassige Schlittenhunde (Berlin) am Sonntag mit. Die Strecke in der Benneckensteiner Waldschneise sei an beiden Tagen von Zuschauern

und Fans des Schlittenhundesports gesäumt gewesen. Etwa 350 Hunde zogen die Gespanne in sechs Klassen durch die Harzer Winterlandschaft. Zu Unfällen kam es nach Angaben der Veranstalter nicht. In

## Mit maroden Reifen unterwegs Bachelor in Medizin geplant

Oldenburg (dpa). Die Rückfahrt eines Klassenausflugs von 39 Kindern aus Osnabrück ist am Freitag von der Oldenburger Polizei jäh unterbrochen worden. Während einer Kontrolle hatten die Beamten festgestellt, dass der Bus mit total abgefahrener Sommerreifen unterwegs war. Die hinteren Reifen seien in einem solch desolaten Zustand, dass der Stahl aus den Reifen

schon sichtbar war, teilte die Polizei am Sonnabend mit. Die Reifen seien auch schon runderneuert und nachgeschnitten worden. Zu allem Überfluss soll die Fahrerin die Ruhepausen nicht eingehalten haben. Zu den genauen Zeiten konnte die Polizei keine Angaben machen. Die Schüler mussten drei Stunden warten, bis ein Ersatzbus sie zurück nach Osnabrück brachte.

Oldenburg (Ini). Die Universität Oldenburg will als erste deutsche Hochschule einen europäischen Medizinstudienengang mit einem Bachelor- und Masterabschluss einrichten. Der erste Jahrgang soll möglichst im Wintersemester 2011/12 starten, sagten die Professoren Hans-Rudolf Raab (Klinikum Oldenburg) und Reto Weiler (Universität Ol-

denburg) der Oldenburger „Nordwest-Zeitung“ (Sonntabendausgabe). Kooperieren will die Hochschule dabei mit der Rijks-Universität Groningen (Niederlande) und den drei Oldenburger Kliniken. Nach diesem Konzept wird in Oldenburg eine vollwertige medizinische Fakultät etabliert, die ein sechsjähriges Medizinstudium anbieten soll.

## Die Klosterkammer treibt die Zinsen hoch

### Erbpächter gründen Interessengemeinschaft gegen Wucher

VON JULIA HENKE, HANNOVER

Landesweit haben sich Pächter von Grundstücken des Landes zu Interessengemeinschaften zusammengeschlossen, um gegen die stark erhöhten Pachtzinsen durch die Klosterkammer Hannover zu protestieren. Das Stiftungsorgan des Wissenschaftsministeriums hatte die Zinsen von etwa 2500 Grundstücken im Land um mehr als 17 Prozent angehoben. Oliver Neuber, Grundstückspächter und Gründer der Interessengemeinschaft Wolfsburg, hält das geltende Erbbaurecht für

unsozial. Dabei sollte gerade die Erbpacht einst einkommensschwachen Familien den Bau eines Hauses ermöglichen.

Doch nun sind die Pächter „mit dem Vorgehen der Klosterkammer nicht mehr einverstanden“, sagt Neuber. Denn alle fünf bis zehn Jahre erhöht die Klosterkammer die Zinsen für die Erbpachtverträge. Für die Erhöhungen legt sie die Inflationsrate zugrunde, was Grundstückspächter Neuber nicht nachvollziehen kann: „Wenn Nettolöhne, Renten und Bodenpreise stagnieren, steht das in keinem Verhältnis

zur Erhöhung der Erbbauzinsen.“ Deshalb, meint er, sei der Verbraucherpreisindex „nicht mehr die richtige Berechnungsgrundlage“.

Neuber schlägt vor, die Erbpacht anhand des Nettolohns zu berechnen. Eine Idee, die bei dem Abteilungsleiter für Liegenschaften der Klosterkammer Hannover, Matthias Nagel, nicht auf Gegenliebe stößt. Ein Nettolohnindex werde vom Statistischen Bundesamt nicht herausgegeben, und „der Verbraucherpreisindex ist in den Verträgen verborgen“. Zudem stünden bei der Klosterkammer

nicht soziale Erwägungen, sondern wirtschaftliches Handeln im Vordergrund. Landesweit hat die Klosterkammer laut Nagel etwa 16 500 Verträge an Grundstückspächter ausgegeben.

Diese Pächter sehen sich im Nachteil gegenüber anderen, die ihr Grundstück zum Beispiel bei der Stadt Wolfsburg gepachtet haben. Berechnet die Klosterkammer 4,12 Euro pro Quadratmeter, liegt der Quadratmeterpreis der Stadt Wolfsburg bei 2,28 Euro. „Das ist ein enormer Unterschied, den keiner mehr nachvollziehen kann“, sagt Neuber.

## Atomkraftgegner demonstrieren in Gorleben

Gorleben (Ini). Rund 100 Atomkraftgegner haben nach Angaben der Polizei am Sonntag in Gorleben gegen eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken demonstriert. Der Protest richtete sich gegen die Zusage der Bundesregierung, die Uraltmeiler Neckarwestheim und Biblis A über den Sommer hinaus weiter am Netz zu lassen und gegen einen weiteren untertägigen Ausbau des Salzstocks Gorleben, teilte die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Danzenberg mit.